

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batodi.

Bekanntmachung

der Reichsbekleidungsstelle über Abgabebefcheinigungen.
Vom 21. November 1916.

Zur Ausführung des § 3 Abs. 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1218) und des § 7 Abs. 1 und 4 der Ausführungs-Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 31. Oktober 1916 (Reichsanzeiger Nr. 258) wird folgendes bekannt gemacht:

1. Diejenigen Behörden, die gemäß § 18 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) als zuständige Behörden im Sinne des § 15 derselben Bekanntmachung bestimmt worden sind, dürfen Gemeinden und gemeinnützige Fürsorgevereinigungen die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebefcheinigungen geben, falls diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sich diesen Behörden gegenüber zur Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen schriftlich verpflichten. Die betreffenden Behörden sind berechtigt, die Genehmigung zu widerrufen. Von diesem Widerruf ist insbesondere Gebrauch zu machen, wenn die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Die betreffenden Behörden haben der Reichsbekleidungsstelle Abteilung E für Erbsstoffe, Berlin W 56, Markgrafenstraße 42, anzuzeigen, welchen Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sie diese Genehmigung erteilt oder entzogen haben.

Die den Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen aufzuerlegenden Bedingungen sind folgende:

a) Getragene Kleidungs- oder Wäschestücke dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen nur unentgeltlich erwerben und unentgeltlich nur an die Verbraucher und nur gegen Bezugsschein veräußern, entgeltlich dagegen nur an die demnachst von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen.

b) Sämtliche anderen bezugsfreipflichtigen Web-, Wirk- und Strichwaren dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sowohl entgeltlich wie auch unentgeltlich nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher veräußern.

zu a. und b) Für Behörden, auf welche die Vorschrift im Riffer 7 der Erläuterung IV der Reichsbekleidungsstelle vom 21. August 1916 Anwendung findet, gilt auch hier die in dieser Vorschrift gewährte Erleichterung. Sie haben aber auch hier die Verpflichtung, jede Abgabe eines bezugsfreipflichtigen Gegenstandes der für den Abnehmer zuständigen Ausfertigungsstelle von Bezugsscheinen anzuzeigen.

c) Die Gemeinden der gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen müssen die Gewähr übernehmen, daß von ihnen lediglich gebrauchsfähige Oberbekleidungsstücke gegen Abgabebefcheinigung angenommen werden.

d) Die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sind verpflichtet, der Reichsbekleidungsstelle auf Anforderung ihren Bestand an getragenen Kleidungs- und Wäschestücken anzugeben und diese bis zu einem Drittel des jeweiligen Bestandes der Reichsbekleidungsstelle gegen Erstattung der Aufwendungen käuflich zu überlassen. Ueber die gehaltenen Aufwendungen entscheidet die Reichsbekleidungsstelle endgültig.

2. Die Möglichkeit der entgeltlichen Abgabe von Oberbekleidung wird durch eine demnachst erscheinende Bekanntmachung geregelt werden.

3. Alle Anfragen in vorstehender Angelegenheit sind an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung E für Erbsstoffe, Berlin W 56, Markgrafenstraße 42, zu richten. Dort können auch die Gemeinden und gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen, denen die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebefcheinigungen von der zuständigen Behörde gegeben worden ist, Abgabebefcheinigungen bestellen.

Berlin, den 21. November 1916.

Reichsbekleidungsstelle

Geheimer Rat Dr. Bentler,
Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

Bekanntmachung.

Betr.: Festsetzung der Preise für das Kadavergewicht mit Rotlauf befallener Schweine.

Die unterm 18. Oktober k. J. von der zuständigen Kommission festgesetzten Preise für das Kadavergewicht an Rotlauf erkrankten Schweine (vgl. unsere Bekanntmachung vom 21. Okt. k. J. im Kreisblatt Nr. 134) sind nicht rückwirkend und gelten daher erst vom 18. Oktober k. J. einschl. ab.

Eine Erhöhung der Höchstentschädigung für solche Schweine tritt nicht ein, da an der nach oben mit 80 Mk. begrenzten gesetzlichen Entschädigung nichts geändert werden sollte.

Siehe, den 1. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. V.: Hemmerde.

Betr.: Das Einerten von Kartoffeln.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unterrichts sollen nicht unerhebliche Vorräte an Kartoffeln dadurch gewonnen worden sein, daß Schulkinder eine Nachlese auf den bereits geernteten Kartoffelfeldern abgehalben haben. Wir stellen Ihnen anheim, in gleicher Weise verfahren zu lassen.

Siehe, den 2. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.
Dr. Ujinger.

Betr.: Zuderverbrauchszuregelung.

Auf Grund der Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Zuder im Betriebsjahre 1916/17 vom 11. November l. J. (Kreisblatt Nr. 150) wird für die Landgemeinden des Kreises folgendes bekannt gemacht:

§ 1. Mit dem 1. Dezember 1916 treten neue Zuderarten in Kraft; die Ausgabe erfolgt durch die Großh. Bürgermeisterien. Die seither ausgegebenen Zuderarten treten mit dem 1. Januar 1917 außer Kraft.

§ 2. Die Zuderarten enthalten 54 mit Nummern versehene Abschnitte (Zudermarken), die auf 250 Gramm lauten.

Es wird jeweils bekannt gegeben, wann und für welche Zeit gegen eine Marke Zuder bezogen werden kann. Nach Ablauf dieser Zeit verliert die Marke ihre Gültigkeit.

Die Marken 1, 2 und 3 der Zuderarte sind ungültig, da für Dezember 1916 noch die alten Karten ausgegeben sind.

§ 3. Auf dem Stamm der Zuderarte ist der Name des Bezugsberechtigten oder des Haushaltungsvorstandes durch die Großh. Bürgermeisterie einzutragen.

Die Zudermarken sind gültig nur im Zusammenhang mit der Stammkarte. Jede Marke berechtigt zum Empfang von nicht mehr wie 250 Gramm Zuder.

§ 4. Zur Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung erhalten die Kleinhandelsbetriebe, zur Versorgung der Apotheken, Gastwirtschaften und Bäckereien diese Betriebe selbst von uns Bezugsscheine zugeteilt.

Für die Ausstellung der Bezugsscheine wird eine Gebühr von 20 Pfennig für den Doppelzentrner Zuder erhoben.

§ 5. Zuder darf nur gegen Ablieferung entsprechender Zudermarken abgegeben werden.

§ 6. Die vereinnahmten Zudermarken sind von den Kleinhandelsbetriebe auf Sammelbogen aufzukleben, die in der Weinert'schen Buchdruckerei in Siegen zu erhalten sind und der Kreisverteilungsstelle, Abteilung Zuder, einzusenden.

§ 7. Kleinhandelsbetriebe, die sich Verstöße gegen vorstehende Bestimmung zu Schulden kommen lassen, haben den Ausschluss von der Zuteilung von Zuder zu gewärtigen.

§ 8. Diese Bestimmungen treten mit heutigem Tage in Kraft.

Siehe, den 1. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. V.: Langermann.

Betr.: Den Verkehr mit Web-, Wirk- und Strichwaren.

An die Schulvorstände des Kreises.

Von nachstehender Verordnung der Reichsstelle für bürgerliche Kleidung in Berlin geben wir Ihnen im Auftrage der obersten Schulbehörde Kenntnis, indem wir Ihnen dringend empfehlen, darüber zu wachen, daß die Vorschriften im Handarbeitsunterricht befolgt werden.

Weder den Schulen, noch den Handarbeitslehrerinnen, noch den Schülerinnen sind zum Zwecke des Einkaufs von Stoffen oder sonstigen Gegenständen lediglich für den Handarbeitsunterricht Bezugsscheine zu erteilen. Während des Krieges muß jede Verwendung neuer Web-, Wirk- und Strichwaren für Unterricht und Übungszwecke unterbleiben. Der Unterricht soll so gestaltet werden, daß er unter Benutzung alten, zur Wiederverwendung geeignet gemachten Materials erteilt wird oder daß in ihm notwendige Gebrauchsgegenstände für Bezugsscheininhaber hergestellt werden. Es dürfen daher den Schülerinnen oder deren Angehörigen Bezugsscheine auch nur dann erteilt werden, wenn das Bedürfnis zur Beschaffung des im Unterricht herzustellenden Gegenstandes sich aus den Verhältnissen des Antragstellers nachweisen läßt.

Siehe, den 30. November 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Siegen.

Dr. Ujinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Bildung der Schöffen- und Schwurgerichte 1917.

Die Auslosung der Reihenfolgen der Hauptschöffen zu den Sitzungen 1917 erfolgt:

Donnerstag, 14. Dezember 1916, vormittags 11 Uhr, Zimmer Nr. 5 in öffentlicher Sitzung.

Siehe, den 4. Dezember 1916.

Großherzogliches Amtsgericht.